

Medienmitteilung des Nein-Komitees zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung vom 9. Mai 2014

Der Stimmbürger entscheidet, wie weiter im Gesundheitswesen

Das Nein-Komitee zum „Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung“ – bestehend aus 38 Erstunterzeichnern, darunter 11 Nationalräte, mehrere alt Nationalräte und 20 Ärzte – präsentierte an der Pressekonferenz vom Donnerstag, 8. Mai, in Bern seine Argumente: Die Änderung der Bundesverfassung ist die Grundlage, von der aus das bewährte und international anerkannte Schweizer Gesundheitssystem grundlegend umgekrempelt werden soll. 200 000 Stimmbürger haben seinerzeit in gutem Glauben mit ihrer Unterschrift für die Initiative „JA zur Hausarztmedizin“ sichern wollen, dass es in der Schweiz auch in Zukunft genügend gute Hausärzte gibt. Der direkte Gegenvorschlag, über den wir jetzt nur noch abstimmen können, verfälscht das ursprüngliche Anliegen der Initiative „Ja zur Hausarztmedizin“ und verkehrt es geradezu in sein Gegenteil. Wir Bürger werden betrogen. Denn mit dieser Vorlage sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass der Erstuntersuchende nicht mehr der Hausarzt ist, sondern irgendeine Person, auch ohne ärztliche Ausbildung und sogar ohne medizinische Ausbildung und ohne Kenntnis des Patienten und seiner Geschichte. Deshalb ist der direkte Gegenvorschlag eine Mogelpackung und muss abgelehnt werden.

Im Strategiepapier des Bundesamtes für Gesundheit BAG „Bericht der Themengruppe Interprofessionalität“ steht explizit, dass *„die Angehörigen nichtmedizinischer Berufsgruppen ermächtigt werden, Patientinnen und Patienten direkt zu empfangen“*. (S.16)

In der Botschaft zur Änderung des Medizinalberufegesetzes wird das professionelle Handeln in der Gesundheitsversorgung nach dem kanadischen CanMEDS-Modell in sieben Rollen aufgeteilt¹. Der Arzt kommt hier nicht mehr vor. Im BAG-Papier „Neue Versorgungsmodelle“ werden anonyme Gesundheitszentren à la Gesundheitsdiscount als Modell der Zukunft beschrieben und favorisiert. Was das zur Folge hat, zeigen Beispiele aus verschiedenen Ländern, in denen solche „Versorgungsmodelle“ bereits existieren. Durch Fehldiagnosen oder verschleppte bzw. von zu wenig ausgebildeten Personen nicht erkannte Krankheiten werden die Patienten falsch behandelt. Das führt, wie an der Pressekonferenz dargelegt, zu fürchterlichen Erkrankungen und Schmerzen. Für die betroffenen Menschen wird es unsägliches Leid mit sich bringen und kann im schlimmsten Fall zum Tod führen. Mit diesen neuen Modellen, die nach einer möglichen Annahme der Vorlage zur Anwendung

¹ „Das CanMEDS-Modell [...] unterteilt das professionelle Handeln in der Gesundheitsversorgung in sieben Rollen, die zu einer optimalen Gesundheitsversorgung und damit Gesundheit führen: Medizinische Expertin/medizinischer Experte (zentrale Rolle), Kommunikatorin/Kommunikator, Mitarbeiterin/Mitarbeiter, Managerin/Manager, Gesundheitsförderin/Gesundheitsförderer, Gelehrte/Gelehrter und Berufsvertreterin/Berufsvertreter.“ (S. 11)

kommen werden, ist eine Behandlung durch den Arzt nicht mehr gewährleistet. Die Betreuung des Patienten kann aufgrund einer „neuen Form der Zusammenarbeit“, genannt Interprofessionalität, von einer Praxisassistentin, einem Podologen oder sonst einem nicht ärztlich Ausgebildeten übernommen werden, ohne dass der Ratsuchende jemals einen Arzt zu Gesicht bekommt. „Das Team“, beispielweise bestehend aus Pflegepersonal, Ernährungsberaterinnen, Ergotherapeutinnen, Podologinnen etc. entscheidet über den weiteren Verlauf der Behandlung, und der Arzt muss nicht zu Rate gezogen werden. Die Folgen werden für alle Menschen verheerend sein. Der Initiativtext ist so abgefasst, dass er alles offen lässt. Alle vorhandenen Hintergrundpapiere des BAG und des Think Tanks Stiftung Careum verfolgen die komplette Umgestaltung des Gesundheitswesens: Die Abschaffung des Hausarztes in seinem bisherigen Wirken für das Wohl des Patienten.

Der Stimmbürger, und nur er, wird am 18. Mai entscheiden, wie es in unserem Gesundheitswesen weitergehen soll.

Kontaktpersonen: Toni Bortoluzzi, NR: 079 348 80 43; Thomas Kaiser: 079 403 31 56; Dr. med. Susanne Lippmann Rieder : 079 631 27 33; Guy Parmelin, NR: 079 400 26 89; Lukas Reimann, NR: 078 648 14 41

<http://www.nein-zum-bundesbeschluss-ueber-die-medizinische-grundversorgung.ch>

Mitglieder des Nein-Komitee zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung:

alt Nationalrat Dr. med. Dominique Baettig; alt Nationalrat Alexander Baumann; Dr. med. Manfred Birchler; Nationalrat Toni Bortoluzzi; Nationalrat Roland Rino Büchel; Dr. med. Angelo Cannova; Dr. med. Rudolf Ehmman; Nationalrat Sebastian Frehner; Nationalrätin Andrea Geissbühler; Dr. med. Gerhard Hauser; Nationalrätin Verena Herzog; Dr. med. Rainer Hoffmann; Prof. Dr. med. David Holzmann; Dr. med. Armin Jucker; Dr. med. Heidi Jucker; Dr. med. Viviane Kaiser; Dr. med. Urs Kayser; Lisa Leisi; Dr. med. Susanne Lippmann-Rieder; Toni Niederberger, Unternehmer; Nationalrat Guy Parmelin; Dr. med. Ermanno Pavesi; Nationalrätin Nadja Pieren; Nationalrat Lukas Reimann; Dr. med. Elisabeth Reinle; Nationalrat Jean-François Rime; Dr. phil. René Roca; Dr. med. Carlo Schlatter; alt Nationalrat Ulrich Schlüer, Chefredaktor Schweizerzeit; Nationalrat Pirmin Schwander; Dr. med. Wolfgang Steinke; Daniel Trappitsch; Erika Vögeli, Chefredaktorin Zeit-Fragen; Prof. Dr. med. Hanspeter Wagner; Nationalrat Hansruedi Wandfluh; Dr. med. Gabriela Wirth Barben; Dr. med. Walter Zimmerli; Dr. med. Wolf Zimmerli.